



ZfTI-aktuell

Die Außenpolitik der Türkei angesichts des Ukraine-Krieges

Die vorliegende ZfTI-aktuell nimmt eine Analyse der aktuellen Außenpolitik der Türkei vor, vor dem Hintergrund der 2023 anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Dabei ist die Türkei aufgrund ihrer geopolitischen Situation, oft auch ohne ihr Zutun, in eine Fülle von Interessenkonflikten involviert, die sich aber wiederum dazu eignen, innenpolitisch genutzt zu werden. Die türkische Außenpolitik ist dabei nicht ohne die zentrale Rolle von Staatspräsident Erdoğan zu verstehen.

von Yunus Ulusoy, Stand: 01.08.2022

I. Krisen und Kriege im Umfeld der Türkei

Die Türkei befindet sich in einer Region mit vielen langanhaltenden Krisen und Kriegen, die sie zumeist nicht verursacht hat. Dazu gehören:

- der gescheiterte „Arabische Frühling“ 2011 mit seinen destabilisierenden Folgen, so in Libyen und Syrien
- die fragile Staatlichkeit Iraks und Syriens als Sicherheitsrisiko und die Stärkung der kurdischen Autonomiebewegung
- die Flucht aus diesen Staaten
- der Militärputsch in Ägypten 2013
- der IS-Terror im Irak und in Syrien ab 2013/2014
- der palästinensisch-israelische Konflikt
- die Kaukasus-Region insgesamt, besonders aber der Aserbaidschan-Armenien-Konflikt um Bergkarabach
- die Gebietsannexionen Russlands in der Ukraine 2014 und der aktuelle Angriffskrieg

Hinzu kommt die Rolle der Türkei als Konfliktpartei in der Auseinandersetzung mit Griechenland um Hoheitsrechte in der Ägäis und im Mittelmeer und im Zypernkonflikt. Zugleich sind die türkischen Beziehungen zur EU und zu den USA stark belastet, als Folge der Autokratisierung der Türkei, aber auch ihres Verhaltens in den oben genannten außenpolitischen Konflikten. Der gegenseitige Vertrauensverlust führt wiederum zu Verschiebungen in der außenpolitischen Orientierung der Türkei.

Die Rolle von Staatspräsident Erdoğan in der Außenpolitik

Parallel zu den genannten Krisen, die zumeist ihren Ausgangspunkt um das Jahr 2011 hatten, wandelte sich die Rolle Erdoğans von der des demokratischen Reformers zu der des Autokraten. Dies hatte auch Folgen für die Außenpolitik.

Die letzte Amtszeit Erdoğans als Ministerpräsident ab 2011 und die erste Amtszeit als direkt gewählter Staatspräsident ab 2014 (siehe ZfTI-aktuell 4) waren auf Machtkonzentration und den Umbau des Staats- und Verfassungssystems ausgerichtet, eine

Entwicklung, die nach dem gescheiterten Putschversuch von 2016 (siehe ZfTI-aktuell 9) zusätzlichen Schub bekam. Auf der Grundlage der geänderten Verfassung (siehe ZfTI-aktuell 10) gelang seiner Partei AKP bei den vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 2018, die absolute Mehrheit im Parlament zu erlangen, gemeinsam mit einem neuen Bündnispartner, der nationalistischen MHP (siehe ZfTI-aktuell 11-13).¹ Mit umfassenden Machtbefugnissen konnte er nun die gesellschaftliche und politische Neuausrichtung des Landes gemäß seiner politischen Agenda durchsetzen.

Die Außenpolitik der Türkei war während seiner gesamten Regierungszeit anfällig für ideologische Präferenzen von Erdoğan. Beispielhaft sind hier die Verwerfungen mit Israel nach dem Gaza-Krieg von 2008, mit Ägypten nach dem Militärputsch von 2013 und im Zuge dessen auch mit Saudi-Arabien und seinen Bündnispartnern, insbesondere mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. Erdoğan ist nach dem Verfassungsreferendum von 2017 nun mit einer Machtfülle ausgestattet, die kein System von „checks and balances“ wie etwa in den USA kennt. Die Legislative geriet über die Parlamentsmehrheit, die Judikative aufgrund von Ernennungsrechten von Richter*innen und die Exekutive aufgrund des Präsidialsystems unter die Kontrolle des Präsidenten.

Die Machtfülle von Staatspräsident Erdoğan und seine lange Regierungszeit haben auch im Westen dazu geführt, nicht mehr zwischen Erdoğan und den langfristigen nationalen außenpolitischen Interessen der Türkei zu unterscheiden. Dies bedeutet aber auch, dass außenpolitische Entscheidungen der Türkei, die durchaus ihren nationalen Interessen entsprechen, über die Person Erdogans diskreditiert werden können.

II. Aktuelle Herausforderungen der türkischen Außenpolitik angesichts des Ukraine-Krieges

Russlands Angriff auf die Ukraine

Die Türkei unterhält zu ihren beiden nördlichen Nachbarn enge wirtschaftliche und politische Beziehungen, die nach dem Zerfall der Sowjetunion sukzessiv ausgebaut wurden. Die Beziehungen der Türkei zu Russland sind ab 2010 und zur Ukraine ab 2011 auf die Ebene einer strategischen Partnerschaft durch die Einrichtung eines „Hohen Rates für Zusammenarbeit“ gehoben worden.² Von diesen strategischen Partnerschaften profitierte die türkische Außenwirtschaft außerordentlich. So belegt die Ukraine in der Exportrangliste der Türkei im Jahr 2021 mit 2,9 Mrd. US-\$ den 20. Rang und Russland mit 5,8 Mrd. US-\$ den 10. Rang. Bei den Importen belegt die Ukraine mit 4,5 Mrd. US-\$ den 12. Rang und Russland, direkt nach China, mit 28,9 Mrd. US-\$ den 2. Rang. Die Handelsbilanz mit beiden Ländern ist negativ für die Türkei³, wobei das Volumen des Handelsbilanzdefizites mit Russland in Höhe von 23,1 Mrd. US-\$ das einseitige Abhängigkeitsverhältnis der Türkei bei Energieimporten zeigt. So entfielen 45% der türkischen Erdgasimporte und 24% der Roh- und Erdölproduktimporte im Jahr 2021 auf Russland⁴, womit 50% des Außenhandelsdefizits der Türkei in 2021 (insgesamt 46,2 Mrd. US-\$) allein durch Russland verursacht wurde. Auch für die türkische Tourismusindustrie sind die beiden nördlichen Schwarzmeer-Anrainer von zentraler Bedeutung. Russland belegte mit 4,7 Mio. Gästen den 1. und die Ukraine mit 2,1 Mio. Gästen hinter Deutschland (3,0 Mio.) im Coronajahr 2021 den 3. Platz bei den Touristenherkünften.⁵

Dies gibt einen Hinweis auf die Motive der Türkei, sich an der Sanktionspolitik des Westens gegenüber Russland nicht zu beteiligen, da die Folgen für die türkische Energieversorgung, den Tourismus und für die Entwicklung der Krisenherde um die Türkei, auf die Russland großen Einfluss nimmt, sehr problematisch wären.

Zugleich teilt die Türkei mit der Ukraine das Interesse an der Eindämmung der Übermacht Russlands in der Region. Auch deshalb hat die Türkei seit 2019 ihre Bayraktar-Drohnen in die Ukraine geliefert und kurz vor Kriegsausbruch eine gemeinsame Produktion in der Ukraine vereinbart. Die Brisanz besteht da-

bei zusätzlich in dem Umstand, dass die Drohnen von der Baykar-Gruppe, dem Unternehmen eines Erdoğan-Schwiegersohns, produziert werden. Erst kürzlich hat Baykar der Ukraine drei Drohnen geschenkt.⁶

Dabei scheint dieser Balanceakt in hohem Maße von der persönlichen Risikobereitschaft Erdogans abzuhängen, seine Beziehungen zu Putin oder dem Westen aufs Spiel zu setzen. Sein Verhältnis zu Putin hat dabei schon viele Krisen und Interessenskonflikte überstanden, insbesondere nach der militärischen Intervention Russlands in Syrien auf der Seite des Assad-Regimes 2015. Erdoğan versucht, ohne die westliche Anbindung als NATO-Mitglied aufzugeben, mit dem großen Nachbarn trotz aller geopolitischen Interessengesätze (nicht zuletzt im Kaukasus) stabile bilaterale Beziehungen aufzubauen und diese zu vertiefen, auch, weil die Türkei mitunter eigene Sicherheitsinteressen durch den Westen nicht berücksichtigt sieht. Erdoğan versucht dabei den Balanceakt zwischen dem Westen und Russland und zwischen der Ukraine und Russland so auszutariieren, dass dieser der eigenen machtpolitischen Agenda in der Region dienlich ist und er auch innenpolitisch verwertbar bleibt. Dazu gehört auch die Einnahme der Rolle als friedenspolitischer Akteur mit der Initiierung von Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland oder der Einrichtung eines „Weizenkorridors“ zu den ukrainischen Schwarzmeerhäfen mit Unterstützung der UN.⁷

Diese „eigenständige und unabhängige“ türkische Außenpolitik kann Russland wiederum in seinem Sinne nutzen, indem es durch militärische Zusammenarbeit (S-400 Lieferung) und durch neue Energiekorridore (Türkei-Russland-West-Pipeline, Turkstream, Bluestream) einen Keil zwischen die Türkei und den Westen treibt.

III. Westbindung der Türkei

Die von Atatürk 1923 ausgerufene Republik Türkei zielte auf allen Ebenen auf einen Anschluss an die europäische Zivilisation. Die Außenpolitik des jungen Staates war gekennzeichnet vom Bestreben, die eigene Unabhängigkeit zu festigen und Frieden mit den Nachbarn zu schließen. Die Gegnerschaft zwischen dem Osmanischen Reich und dem zaristischen Russland war bereits 1917 mit der Oktoberrevolution beendet, und in der Folge wurden die Bolschewiken sogar zu Atatürks Hauptunterstützern. Trotz ideologischer Gegensätze wurde das neue Verhältnis 1925 mit dem Freundschafts- und Neutralitätsvertrag zwischen der Sowjetunion und der Türkei besiegelt.⁸

Erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges musste die Türkei angesichts des Ost-West-Gegensatzes und der Bedrohung durch die Sowjetunion unter Stalin (revisionistische Ansprüche Russlands über den Status der Meerengen von Bosphorus und Dardanellen wie auch Gebietsforderungen in Ost-Anatolien) ihre Neutralität aufgeben und sich auch stärker institutionell und vor allem sicherheitspolitisch an Westeuropa und die USA binden.⁹

Dieser Prozess begann bereits mit der Beteiligung am Koreakrieg an der Seite der USA ab 1950 und institutionalisierte sich mit dem Beitritt zum Europarat 1950 und zur NATO 1952. Das Land war 1961 Gründungsmitglied der OECD. 1963 wurde mit dem Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG, Vorläuferin der EU, neben bestimmten Assoziationsrechten auch die Möglichkeit des späteren Beitritts geschaffen. Seit 1999 ist die Türkei offizielle EU-Mitgliedskandidatin, mit der seit 2005 Beitrittsverhandlungen geführt werden, die allerdings seit mehreren Jahren aufgrund der Autokratisierung des Landes und der daraus folgenden Verwerfungen in den Beziehungen zur EU weitgehend eingefroren sind. Diese europäische Orientierung bedeutete für die moderne Türkei die Herausforderung, das ambivalente Verhältnis zum Nachbarn Russland so zu gestalten, dass nationale Interessen trotz Blockbildung möglichst zur Geltung kommen. Mitten im Kalten Krieg, nach dem Bau der Berliner Mauer und der Kuba-Krise, unterzeichnete die Türkei 1967 so ein Abkommen mit der Sowjetunion zum Ausbau der türkischen Schwerindustrie¹⁰. Zuvor hatte die Türkei im zyprischen Bürgerkrieg (1963/1964) ihre Interessen durch die USA missach-

tet gesehen, die ihr mit Entzug der NATO-Solidarität drohte, wenn sie nicht eine US-konforme Politik betreibt.¹¹ Insofern steht der heute durch Erdoğan betriebenen Balanceakt in einer längeren Tradition der türkischen Außenpolitik, allerdings sind die heutigen Belastungen für die Westbindung der Türkei schwerwiegender und Ergebnis komplexerer Konfliktlagen, wobei die Kombination aus teils unberechenbarem, autokratisch geprägtem außenpolitischem Handeln von Erdoğan und einer wachsenden Bedeutung der Türkei als regionale Akteurin die Situation verschärft.

Bemerkenswert und wenig bekannt sind allerdings die Folgen der zunehmend gestörten Beziehungen zum Westen für die öffentliche Meinung in der Türkei: Laut einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts Metropoll im März 2022 (also schon während des russischen Angriffskriegs) werden die USA mit Abstand als größte Bedrohung für die Türkei mit 52% angegeben, gefolgt von Russland mit 19%. Die EU hingegen wird als Bedrohung nicht wahrgenommen, ihr Wert liegt bei 0,8%. Auch Griechenland kommt nur eine unbedeutende Rolle mit 3% zu.¹² Zumndest sehr ambivalent sind die Befragten bezüglich der zukünftigen außenpolitischen Orientierung der Türkei: USA/EU versus Russland/China. Im Januar 2022 gaben 39% der Befragten an, die Türkei solle sich Richtung Russland/China orientieren und 37% Richtung USA/EU. Vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs sank der Wert für Russland/China auf 29% in der März-Befragung, der Wert für die USA/EU stieg aber nur unwesentlich auf 39%. Dennoch präferiert eine Mehrheit den Verbleib der Türkei in der NATO, mit rund 60% über beide Erhebungszeiträume hinweg. Die EU-Mitgliedschaft der Türkei unterstützten in der März-Befragung von Metropoll 49% der Befragten. Zum Zeitpunkt der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen lag dieser Wert noch bei 76%. Zugleich empfinden 62% der Befragten, dass die Türkei die EU-Demokratiestandards nicht erfüllt und 60%, dass die Regierung die EU-Mitgliedschaft nicht wirklich erreichen will. Aber umgekehrt attestieren 63% der Befragten der EU eine Diskriminierung der Türkei, weshalb ebenso viele nicht glauben, dass die EU die Türkei aufnehmen wird.¹³

Diese Stimmungslage ist der innenpolitische Resonanzboden für Erdoğan's Außenpolitik und sie kann als Option interpretiert werden, sowohl die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der türkischen Außenpolitik als auch geopolitisches Machstreben zu legitimieren, im Zweifel auch unter weiterer Belastung der Westbindung der Türkei.

Vor diesem Hintergrund sind die Bedingungen zu verstehen, die die Türkei an NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands gestellt hat: Einstellung der Duldung kurdisch-separatistischer Gruppen (aber davon abgesehen auch der mit Erdoğan rivalisierenden Gülen-Bewegung), die Auslieferung von Gesuchten, die Beendigung der politischen und militärischen Unterstützung von YPG und PYD in Nord-Syrien und die Aufhebung des Waffen-Embargos, das beide Länder aufgrund der türkischen Interventionen in Nord-Syrien verhängt hatten.

Das ambivalente Verhältnis der Bevölkerung zu den USA (und nur in zweiter Linie zur EU) dürfte dabei, neben den Konflikten mit Zypern und Griechenland, durch die jüngeren Krisen im Nahen Osten, im Kaukasus und in Libyen beeinflusst sein. Die Ergebnisse der US-Interventionen im Irak und in Syrien werden als Bedrohung für die türkische Sicherheit empfunden, vor allem die Unterstützung kurdischer Strukturen (YPG, PYD), die in der Türkei verbreitet als verlängerten Arm der PKK begriffen werden. Die territoriale Aufteilung Syriens nach ethnischen Kriterien wird in der Lesart der türkischen Regierung, und geteilt durch die Bevölkerungsmehrheit in der Türkei, zur Beförderung von kurdischem Separatismus und der Bedrohung der nationalen Einheit.

Die Belastung des Verhältnisses zwischen dem Westen und Türkei konkretisierte sich zuletzt am Kauf des S-400-Flugabwehrsystems von Russland als Reaktion auf den Abzug deutscher Patriot-Raketen aus der Türkei nach deren Eingreifen in den Syrienkrieg und dem Bombardement von SDF-Gruppen (Syrian Democratic Forces), die gegen den IS kämpfen und vom Westen und militärisch unterstützt werden. Die Türkei versteht die SDF als Fortsetzung der PKK-Ideologie mit neuem Anstrich.¹⁴ Erdoğan ging diesen Schritt ungeachtet der NATO-Mitgliedschaft und der Beteiligung der Türkei am F-35-Flugzeugprogramm der USA, die damit auch endete. Zudem waren weitere Sanktionen gegen die türkische Verteidigungsindustrie die Folge.

IV. Ausblick: Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2023 und ihre Auswirkungen auf die Außenpolitik

Spätestens am 18. Juni 2023 wird die Türkei wieder eine „Schicksalswahl“ erleben. Bis dahin müssen die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen regulär abgehalten werden. Die Regierungspartei AKP könnte mit ihrer Bündnispartnerin MHP die Wahlen auch vorziehen, wenn sie die Rahmenbedingungen für sich als günstig erachtet. Die Wirtschaftslage, die Erdoğan früher Wahlsiege bescherte, dürfte allerdings keinen Anlass für vorgezogene Wahlen liefern. Der Zustand der türkischen Wirtschaft wird sich aufgrund der weltpolitischen Unwägbarkeiten und Erdoğan's Festhalten an einer Niedrigzinspolitik trotz galoppierender Inflation kurzfristig kaum bessern. Allerdings könnte ein außenpolitischer Erfolg, wie eine erfolgreiche Vermittlung im Russland-Ukraine-Krieg gepaart mit populistischen Wahlgewinnen, die Kalkulation Erdoğan's beeinflussen.

Unabhängig vom Zeitpunkt bedeuten Wahlen für Erdoğan, dass sich alles seinem Wahlerfolg unterordnen muss, auch die Außenpolitik und seine Beziehungen zur EU und zu den USA. Denn die Wahlen bieten ihm die Legitimationsquelle für seine autoritäre Politik und die Absicherung seiner politischen Existenz. Dabei ist der Wahlausgang äußerst ungewiss. Der Urnengang wird demokratische Standards verletzen. Erdoğan kontrolliert nicht nur den Staat in Gänze und damit die Wahldurchführung, sondern weitgehend auch die Medien, bei massiver Benachteiligung der Opposition. Noch im März 2022 wurde das türkische Wahlgesetz dahingehend verändert, dass die Opposition bei gleichem Wahlergebnis wie 2018 weniger Abgeordnete stellen wird.

Die Fragmentierung der Opposition kam Erdoğan bei allen Wahlen bis jetzt gelegen. Was die Opposition eint, ist die Verhinderung Erdoğan's und das Versprechen, wieder zur parlamentarischen Demokratie zurückzukehren. Aber auf eine*n gemeinsame*n Kandidat*in konnte sie sich bis jetzt nicht einigen. Die Umfragen der letzten Monate zeigen zwar Verluste für die AKP und Erdoğan, aber nicht in dem Ausmaß, dass eine Wahlniederlage klar erwartbar wäre. Entscheidender Faktor werden die Neuwähler*innen sein, die in der Erdoğan-Ära sozialisiert wurden, so-

wie die kurdischen Stimmen. Beide wachsen gegenüber den letzten Wahlen, weshalb Erdoğan alles daran setzt, die prokurdische HDP als politischer Arm der PKK zu delegitimieren. Der ehemalige charismatische Vorsitzende der HDP, Selahattin Demirtaş, andere Abgeordnete, Bürgermeister*innen und Politiker*innen der Partei sitzen wegen Terrorismusvorwürfen in Haft. Insofern wird die Sechser-Opposition, die aus der laizistisch-republikanischen CHP, der nationalorientierten İyi Parti und vier kleineren Parteien aus dem religiösen bzw. liberal-konservativen Bereich besteht, ein Wahlbündnis mit der HDP meiden, aber zugleich für die Abwahl von Erdoğan auf genau diese Stimmen angewiesen sein. Es steht derzeit nicht fest, ob die HDP einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellen wird.

Zwanzig Jahre Erdoğan-Herrschaft bedeuteten für Millionen Menschen, die sich mit dem System arrangiert haben, lange Jahre einen besseren Lebensstandard, mitunter auch neue Aufstiegsmöglichkeiten. Aber die Unzufriedenheit im Land war noch nie so hoch wie heute. Die Hyperinflation und die Wirtschaftsaussichten sind die stärksten innenpolitischen Argumente gegen Erdoğan, was aus Sicht des Populisten umso mehr dafür spricht, außenpolitische Themen im Wahlkampf stark zu machen. Erdoğan verkörpert für seine nationalistischen Wähler*innen den starken Führer, der den Stolz der Türkei verteidigt und ihr internationale Anerkennung und Respekt auf der Weltbühne verschafft. Die geopolitische Situation der Türkei kann dabei schnell neue Krisen hervorbringen und vorhandene beschleunigen, die der Machthaber für sich nutzen könnte. Die Unterzeichnung des Abkommens zum Weizenexport mit Russland und der Ukraine war so ein diplomatischer Erfolg, den er versuchen könnte, im Zuge einer Beilegung des Ukraine-Kriegs zu wiederholen, um sich als regionaler Führer mit globalen Ambitionen zu positionieren.

Aber es sind auch problematischere Entwicklungen denkbar, so der bereits angedrohte Einmarsch in Nord-Syrien, der als Maßnahme zur Verringerung von Flucht in die Türkei und als Verteidigung nationaler Interessen dargestellt werden könnte. Tatsächlich ist der Effekt einer derartigen „Kurdenpolitik“ wohl kaum nachhaltig, da die „erfolgreiche“ militärische Bekämpfung der PKK auch dazu führt, dass eine junge Generation mit kurdischer Identität weiter in einer Atmosphäre der Gewalt und Unter-

drückung aufwächst, einschließlich der Kriminalisierung der großen Oppositionspartei HDP. Dabei wird die Abhängigkeit von der nationalistischen MHP Erdoğan kaum ermöglichen, hier einen neuen Weg einzuschlagen. Die Angst vor kurdischen Separatismus bleibt damit weiterhin für die türkische Außenpolitik bestimmend.

Außenpolitische Verwerfungen mit den westlichen Demokratien bleiben für Erdoğan kalkulierbar, solange sie nicht die Grundkonstanten der Türkei betreffen (NATO-Mitgliedschaft) und die wirtschaftliche Lage nicht verschlechtern (Exportorientierung auf die EU). In diesem Rahmen könnte die türkische Außenpolitik in den nächsten Monaten aus Sicht des Westens noch weniger verlässlich werden. Zugleich ist nicht davon auszugehen, dass Erdoğan eine wirklich grundlegende außenpolitische Wende anstrebt und unkalkulierbare Risiken eingehen wird. Kontrollierte temporäre Krisen, die ihm nutzen und aufgrund der geostrategischen Lage der Türkei korrigierbar sind, werden die Tagesordnung bestimmen. Der bevorstehende Ratifizierungsprozess des NATO-Beitritts Schwedens und Finnlands wird eine solche temporäre Belastungsprobe sein. Im Streit um die Hoheitsrechte in der Ägäis und der Zypernkonflikt wird die Türkei keine grundsätzlich neue

Position beziehen, wobei zu erwarten wäre, dass die Nachbarn Türkei und Griechenland aufgrund der Weltlage ihre Konflikte einfrieren.

Die türkische Außenpolitik wird ab Herbst 2022 und insbesondere im Frühjahr 2023 noch stärker durch die Innenpolitik und die Wahlen beeinflusst werden als bisher. Seit die Auslandstürk*innen bei den Präsidentschaftswahlen 2014 zum ersten Mal ihre Stimme abgegeben konnten, bedeuten Wahltermine in der Türkei zudem ein weiter angespanntes Verhältnis zu Deutschland, wo das größte Wählerpotenzial für Erdoğan außerhalb der Türkei liegt. Bei den letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stellte Deutschland 47% aller Wahlberechtigten im Ausland und Erdoğan erhielt von den Wähler*innen aus Deutschland ein Votum von 65% (siehe ZfTI-aktuell 13). Dabei sind die Wahlen 2023 von größter Bedeutung für Erdoğan. Er und seine AKP wollen aus diesen Wahlen im 100. Gründungsjahr der Republik als Sieger hervorgehen, und Erdoğan will sein 25-jähriges Jubiläum an der Spitze der Türkei 2028 feiern. Diesem Ziel wird sich auch die Außenpolitik unterordnen, mit allen Risiken etwa für die NATO-Erweiterung im Speziellen und die westliche sicherheitspolitische Agenda allgemein.

Endnoten

- 1 Alle ZfTI-aktuell-Veröffentlichungen sind unter <https://www.ZfTI.de/publikationen> abrufbar.
- 2 Vgl. Außenministerium der Republik Türkei, Länderreports Ukraine und Russland. URL: https://www.mfa.gov.tr/turkiye-ukrayna-siyasi-iliskileri_tr.mfa (Ukraine), <https://www.mfa.gov.tr/turkiye-rusya-siyasi-iliskileri.tr.mfa> (Russland), 24.06.22.
- 3 Vgl. Außenhandelsstatistiken des Amtes für Statistik der Türkei (TÜİK). URL: <https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Dis-Ticaret-Istatistikleri-Ocak-2022-45536>, 24.06.22.
- 4 Vgl. Erdgas- und Erdölmarkt-Berichte 2021 der Anstalt zur Regulierung des Energiemarktes (EPDK). URL: <https://www.epdk.gov.tr/Detay/Icerik/3-0-107/yillik-sektor-raporu>, 24.06.22.
- 5 Vgl. Tourismusstatistiken des Amtes für Statistik der Türkei (TÜİK). URL: <https://data.tuik.gov.tr/Bulten/Index?p=Turizm-Istatistikleri-IV.Ceyrek:-Ekim-Aralik-ve-Yillik,-2021-45785>, 24.04.22.
- 6 Vgl. TRT-Deutsch: Türkiye: Baykar schenkt Ukraine drei TB2-Drohnen. URL: <https://www.trtdeutsch.com/news-turkei/turkiye-baykar-schenkt-ukraine-drei-tb2-drohnen-9384640>, 05.07.22.
- 7 Vgl. FAZ: Türkei will Russland-Sanktionen lockern. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-will-russland-sanktionen-wegen-getreidekrise-lockern-18089054.html>, 05.07.22.
- 8 Isachenko, Daria: Türkei und Russland. Die Logik einer konfliktträchtigen Zusammenarbeit, SWP-Studie 16, September 2021. Berlin, S. 9. URL: https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S16_TuerkeiRussland.pdf, 05.07.22.
- 9 Vgl. Uzman, Nasrullah: The Soviet Threat and Reaction of Turkey After World. URL: <https://dergipark.org.tr/en/download/article-file/495828>, 05.07.22.
- 10 Irs, Yavuz: Türkiye ile Sovyet Sosyalist Cumhuriyetler Birliği arasındaki ekonomik ilişkiler (1920-1991) (Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und der Sowjetunion 1920-1991). URL: <http://bilimveaydinlanma.org/turkiye-ile-sovyet-sosyalist-cumhuriyetler-birligi-arasindaki-ekonomik-iliskiler-1920-1991/>, 05.07.22.
- 11 Kramer, Heinz: Türkei - Zwischen Tradition und Neuorientierung: die Außenpolitik; URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/77060/zwischen-tradition-und-neuorientierung-die-aussenpolitik/>, 05.07.22.
- 12 Vgl. Metropoll: Avrupa Birliği ve NATO (EU und die NATO) aus der Reihe "Türkiye'nin Nabızı" (Puls der Türkei), März 2022. URL: http://www.metropoll.com.tr/upload/content/files/1907-ab-ve-nato-tn_mart22.pdf, 07.07.22.
- 13 Vgl. Metropoll, ebenda.
- 14 Vgl. Das Erste: Krieg gegen IS: Der US-Pakt mit Marxisten. URL: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/Krieg-gegen-IS-Der-US-Pakt-mit-Marxisten,panorama8076.html>, 05.07.22.



**Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung**

**Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı**

Institut an der
Universität Duisburg-Essen

Impressum

Herausgeber:

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung
(Eigenverlag)

Altendorfer Str. 3, 45127 Essen

Telefon: +49 201 3198-0

Telefax: +49 201 3198-333

Internet: www.zfti.de

E-Mail: zfti@zfti.de

Autor: Yunus Ulusoy (ulusoy@zfti.de)

